



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Begrüßung und Einführung
Jahresauftaktveranstaltung von UVNord
zu dem Thema „Signale für Wachstum und Beschäftigung“
Montag, 24. Januar 2011, 11:00 bis 13:00 Uhr,

von UVNord-Präsident Uli Wachholtz

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 12:00 Uhr

Hotel Atlantic Kempinski
An der Alster 72, 20099 Hamburg

„Signale für Wachstum und Beschäftigung“

Dieses Generalthema prägt den heutigen Neujahrsempfang von UVNord, zu dem ich Sie hier im Hotel Atlantic in Hamburg alle sehr herzlich begrüße. Die Mitgliedsverbände von UVNord, Präsidium und Vorstand sowie unser Hauptgeschäftsführer, Herr Fröhlich, freuen sich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Mit Ihrer Teilnahme am Neujahrsempfang signalisieren Sie Ihre Verbundenheit mit UVNord und – natürlich – Interesse an dem heutigen Thema. Für beides danke ich Ihnen. Herzlich willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt unseren Ehrengästen, die heute zu uns sprechen werden, dem Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Senator Ian Karan, und dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Jost de Jager! Auch Ihnen beiden ein herzliches Willkommen.

Aus der großen Schar unserer prominenten Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, von den Hochschulen, Kirchen, Medien, den Gewerkschaften der Polizei und der Bundeswehr begrüße ich stellvertretend für alle die vollständig versammelten – Mitglieder des Senats, den Zweiten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und Präses der Behörde für Schule und Berufsbildung und Präses der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Herrn Senator Dietrich Wersich, den Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung, den Präses der Finanzbehörde und Präses der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Senatorin Dr. Herlind Gundelach, den Präses der Behörde für Inneres und Sport und Präses der Behörde für Justiz, Herrn Senator Heino Vahldieck, sowie die Staatsräte Dr. Angelika Kempfert, Bernd Reinert, Dr. Michael Voges, Dr. Detlef Gottschalck, Rolf Reincke und Peter Wenzel.

Für die vielen Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft begrüße ich stellvertretend für alle die Erste Vizepräsidentin, Frau Barbara Duden, und den Fraktionsvorsitzenden der SPD in der Hamburger Bürgerschaft, Herrn Michael Neumann. Ein besonderer Gruß gilt auch den Abgeordneten des Deutschen Bundestages; Frau Sylvia Canel für die FDP, sowie Frau Aydan Özoguz für die SPD, und die Herren Dr. Philipp Murmann und Dr. Johann Wadephul für die CDU. Stellvertretend für die schleswig-holsteinische Landesregierung und die vielen Mitglieder des Landtages begrüße ich den Finanzminister Herrn Rainer Wiegard, die Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Christian von Boetticher, CDU, und für die FDP, Herrn Wolfgang Kubicki, die Landesvorsitzende vom Bündnis 90/Die Grünen, Eka von Kalben.

Für das Erzbistum Hamburg begrüße ich den Weihbischof und Bischofsvikar Dr. Hans-Jochen Jaschke für den Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk Nord den Vorsitzenden, Herrn Uwe Polkaehn sowie die Präsidenten der Landesrechnungshöfe von Hamburg und Schleswig-Holstein die Herren Dr. Jann Meyer-Abich und Dr. Alois Altmann.

Die Bezirke, Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen in Hamburg und Schleswig-Holstein sind zahlreich vertreten. Stellvertretend für alle begrüße ich den Bezirksamtsleiter aus Hamburg-Mitte Markus Schreiber und für den Bezirk Eimsbüttel Dr. Torsten Sevecke, sowie den Oberbürgermeister der Stadt Neumünster Dr. Olaf Taurus. Das Diplomatische Korps der Hansestadt beehrt uns heute fast vollständig hier im Atlantic, darüber freuen wir uns gerade in dieser Stadt besonders. Ich begrüße die Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika,

Frau Inmi Patterson, sowie den Doyen des Diplomatischen Corps aus Schleswig-Holstein, Herr Volkert Knudsen.

Für die uns befreundeten Kammern und Verbände begrüße ich den Präsidenten der IHK Schleswig-Holstein und Präsident der IHK zu Lübeck, Herrn Andreas Leicht, den Präsidenten der IHK zu Kiel Klaus-Hinrich Vater, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, Herrn Uwe Möser. Und für unsere Freunde in Mecklenburg-Vorpommern begrüße ich für unsere Schwesternvereinigungen und Verbände deren Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Klischan. Ein herzliches Willkommen spreche ich auch dem Präsidenten unserer Hanseatischen Wertpapierbörse, Herrn Dr. Friedhelm Steinberg aus. Eine besondere Freude ist es für mich, dass am heutigen Tage auch der oberste Repräsentant der deutschen Industrie- und Handelskammern anwesend ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir sehr herzlich aus Berlin den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, der zugleich auch Vizepräsident von UVNord ist, Herrn Konsul Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann!

Und ich heiße vor allem Sie, meine Kolleginnen und Kollegen aus den Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein sehr herzlich willkommen. Sie alle repräsentieren die Gemeinschaft von UVNord, die Vereinigung der Unternehmensverbände, die über ihre mehr als 60 Mitgliedsverbände die Interessen von mehr als 30.000 Unternehmen in beiden Bundesländern vertritt, in denen heute mehr als 1,3 Millionen Menschen Beschäftigung finden. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten noch nicht komplett abgehakt ist, so ist die deutsche Wirtschaft zum Beginn des neuen Jahres in überaus guter Stimmung. Für das Jahr 2011 erwarten die meisten Unternehmen steigende Produktions- und Umsatzzahlen, höhere Investitionen, sowie zusätzliche Arbeitsplätze. Anders als das typische Sylvester-Feuerwerk geht das deutsche Konjunkturfeuerwerk weiter – die Wachstumsdaten sind so gut wie lange nicht. Alle Konjunkturexperten zeichnen für dieses Jahr ein sehr zuversichtliches Bild. Ein Wirtschaftswachstum von weit über 2 % gilt als gesetzt. Dabei geht die Arbeitslosigkeit weiter zurück, auf lange nicht gekannte Tiefstwerte – und deshalb dürfte auch der Konsum weiter an Fahrt aufnehmen. Auch wir, UVNord, gehen für das Jahr 2011 von einem Wirtschaftswachstum von mehr 2,5 % im Norden aus. Die Erwartungen der Unternehmen sind inzwischen fast so gut wie während der Boomzeit der Jahre 2006 bis 2008. Damit hat sich die Wirtschaft überraschend schnell aus einem tiefen Tal emporgearbeitet, vergessen wir nicht: noch nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte war das reale Bruttoinlandsprodukt so stark eingebrochen wie im Jahr 2009 – um 4,7 % gegenüber dem Jahr 2008.

Dennoch seien wir auf der Hut: die Ursachen der Krise sind bis jetzt noch nicht in Maßnahmen und bessere Regeln umgesetzt, die Blase ist mit dem gleichen Medium bekämpft, was sie ausgelöst hat, Papiergeld, Garantien und Schuldenberge sind immens angewachsen, das Finanzgebäude vieler Staaten, aber auch einiger Banken ist nach wie vor sehr fragil, und: auch nicht alle Unternehmen lassen im Jahr 2011 die Krise hinter sich.

Dazu kommen deutlich anziehende Rohstoffpreise und Arbeitskosten, eine etwas nachlassende wirtschaftliche Dynamik in wichtigen Schwellenländern, und die Wechselkursturbulenzen, alles Punkte, die erkennen lassen, dass wir für ein gesichertes Wachstum der Weltwirtschaft noch viele Aufgaben zu lösen haben. Nicht zuletzt werden wir uns 2011 erstmals wieder auf eine steigende Geldentwertung

einrichten müssen, und damit auch ein langsames Verlassen des bisherigen, historischen Zinstales. Während der Krise, aber auch bis heute war das eigentliche Phänomen der deutsche Arbeitsmarkt. Wer hätte denn zu Beginn der Krise gedacht, dass der Arbeitsmarkt sich so stabil verhalten würde, wie die eindrucksvollen Zahlen der Agentur für Arbeit belegen. Hierzu beigetragen hat ganz sicher die Politik, die in der Krise schnell, und vor allen Dingen abgestimmt gehandelt hat. Insbesondere das Instrument der Kurzarbeit hat dabei geholfen, viele Kündigungen zu vermeiden. Die Erfahrungen der Unternehmen aus den früheren Krisen, und die sich immer konkreter abzeichnende demografische Entwicklung taten ihr Übriges, die Unternehmen hielten an Ihren Stammebelegschaften fest. Und in der klaren Erkenntnis dieser sich immer deutlicher abzeichnenden Demografie-Probleme beginnt bereits heute der Run auf die qualifizierten Schulabgänger von morgen, und auch auf die qualifizierten Hochschulabsolventen in Hamburg wie in Schleswig-Holstein.

Doch trotz aller positiver Vorzeichen warne ich also vor allzu großer Euphorie. Das eine oder andere Gewitter am Währungshimmel, oder auch Brüche in der Finanz-Statik von Staaten können uns den Aufschwung noch verhaseln – und hinzu kommt die desaströse Haushaltssituation in Bund, Ländern und Kommunen. Wichtiger denn je ist es deshalb in der jetzigen Phase, dass die Politik einen klaren Kurs fährt, einen Kurs der für berechenbare und stabile Rahmenbedingungen sorgt, der Bürokratie abbaut und das Steuerrecht endlich vereinfacht, und auch durchdachtere und weniger überzogene Umweltauflagen sind das Gebot der Stunde.

In Hamburg stehen wir vor einer wichtigen, politischen Entscheidung: Am 20. Februar wählen die Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt einen neuen Senat. Ich erhoffe mir eine hohe Wahlbeteiligung, und damit eine entsprechende Legitimation des neuen Senats. Der Wahlausgang ist nicht nur für Hamburg wichtig, sondern er ist auch wichtig für die weitere Zusammenarbeit im ganzen norddeutschen Raum, insbesondere zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Im Namen der Arbeitgeber in Hamburg erhoffe ich vom zukünftigen Senat, dass er sich bewusst ist, auf welchem Fundament die Hamburger Wirtschaft steht, und was den Wohlstand unserer Stadt seit Jahrhunderten begründet. Vor diesem Hintergrund erwarte ich ein kraftvolles Anpacken der Fortentwicklung unseres Hafens. Und ein klares Bekenntnis – zur Fahrrinnenanpassung der Elbe, – zum Ausbau der dazugehörigen Verkehrsinfrastruktur, wie z.B. der Hafenquerspange, – aber auch der Schienenhinterlandanbindung des Hafens, und gleichzeitig fordere ich klare Absagen an die Bestrebungen, eine Umweltzone oder eine Citymaut einzuführen. Beides bringt dem Standort mehr Schaden als Nutzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer die Zukunft gestalten will, der muss auf Vergangenheit aufbauen, das ist auch in Hamburg so: Und hier können wir für die vergangenen Jahre feststellen, der amtierende – aber auch der Schwarz-Grüne – Senat haben in einigen Bereichen vieles Anerkennenswertes auf der Habenseite verbuchen können, und manchmal bin ich es leid zu hören, was alles nicht läuft in unserer Hansestadt. Als Verantwortungsträger der Wirtschaft, der nicht nur für Hamburg, sondern auch für Schleswig-Holstein zuständig ist, kann ich nur hinzufügen, dass Hamburg – mit Ausnahme der Primarschule – bei den Bildungsreformen weit vorangekommen ist, wie zuletzt mit der in der vergangenen Woche vom Senat verabschiedeten Reform der beruflichen Bildung mit einem bundesweit vorbildlichen Systems mit Übergangsmanagement für die Schüler von der Schule in den Beruf. Ich hoffe nun eindringlich für die Jugendlichen – und die Wirtschaft –, dass diese Reform nun auch erfolgreich die Bürgerschaft durchläuft.

Auch im Bereich der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ausbildung und Arbeit ist Hamburg spitze, nicht nur im Vergleich der Stadtstaaten, sondern aller Flächenländer in der Bundesrepublik. Es gibt jedoch Bereiche der Politik, die nicht so gut gelaufen sind, in der Haushalts- und Finanzpolitik sind nachhaltige Fehler begangen wurden. Viel zu lange wurde die Haushaltssituation in der Stadt schöneredet, und den Tatsachen nicht ins Auge geschaut: Es musste erst ein sogenannter „ehrlicher“ Kassensturz kommen, um zu erkennen, dass die Hansestadt über die Verhältnisse gelebt hat, und ein strukturelles Defizit von rund einer halben Milliarde Euro vor sich her schiebt.

Die Einschnitte, die deshalb auf den letzten Metern vorgeschlagen wurden, sind im Wesentlichen mit Augenmaß auf den Weg gebracht worden, doch sie werden allein nicht reichen. Gleichzeitig ist es wichtig, darauf achtzugeben, dass wir uns in Hamburg nicht kaputtsparen, oder besser und vor allem richtiger ausgedrückt, kaputtkürzen. Mit Sparen hat das ja wenig zu tun, wenn man nur die zusätzliche jährliche Neuverschuldung moderat senkt. Nein, wir müssen trotz dieser desolaten Situation gezielt investieren, vor allem in Bildung und Infrastruktur, für die Zukunft dieser Stadt. Daher warne ich auch davor, im Wahlkampf ohne Not Notwendiges wieder zurückschrauben zu wollen. Die Haushaltssituation verlangt schmerzhaft Einschnitte. Die nachwachsenden Generationen werden es Ihnen und uns danken, wenn wir nach Möglichkeit nur das ausgeben, was wir auch nachhaltig einnehmen, eine Haltung, die ja eigentlich weltweit als hanseatische Tugend ein Markenzeichen immer noch ist. Lassen Sie es uns auch wieder in der Politik leben!

Apropos weltweit: Hamburg steht im globalen Wettbewerb der Metropolen. Hamburg ist attraktiv bei den harten, aber auch bei den weichen Standortfaktoren. Und natürlich ist Hamburg auch lebens- und liebenswert, wer weiß das besser, als wir, die wir uns hier versammelt haben. Vor genau diesem Hintergrund darf es aber kein Abweichen vom Konzept einer wachsenden Stadt geben, ein Konzept, das sich bewährt hat, das Hamburg im Ranking deutscher Städte weit nach vorne gebracht hat, das unsere Ziele definiert, und das so der gesamten Stadt, seinen Bürgern und seiner Wirtschaft Perspektiven aufzeigt. Nicht alles wird Hamburg alleine und aus eigener Kraft schaffen. Daher bedarf es einer wohlabgestimmten Zusammenarbeit innerhalb größerer Gebiete, der Metropolregion, und auch mit Schleswig-Holstein.

In Schleswig-Holstein hat das Landesverfassungsgericht Neuwahlen auf die Tagesordnung gesetzt. Den Mitgliedern von Landtag und Landesregierung rufe ich zu, es ist zunächst zweitrangig, wann der Neuwahltermin angesetzt wird, wichtig ist für das Land und seine Nachbarn, dass die Zeit bis dahin weiter genutzt wird. Nach dem Kraftakt mit der erfolgreichen Verabschiedung des wegweisenden Doppelhaushaltes mit echter, struktureller Kürzung der Neuverschuldung, darf es nun aber in den kommenden Wochen und Monaten kein Stillstand im Lande geben. Die Bilanz der Schwarz-Gelben Koalition in Kiel bis heute ist nach meiner Auffassung deutlich besser als ihr Ruf. Die Krise hat SH nicht so hart getroffen wie Hamburg, die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt sind erfreulich, wir verzeichnen einen merklichen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, und die Koalition in SH hat als erste Landesregierung den Kurs einer echten Haushaltskonsolidierung eingeschlagen, für den die Einführung der Schuldenbremse in die Landesverfassung der erste erfolgreiche Schritt auf diesem Wege war. Die Wirtschaft hat bei diesem Kurs von Anfang an mitgezogen, und mit erheblichen Einschnitten auch in ihrem Ressort zu diesem Kurs beigetragen, und sie sieht sich auch heute noch in der Verantwortung.

Doch auch in Schleswig-Holstein es standen und stehen für eine Landesregierung noch Hausaufgaben und Reformen auf der Agenda, die derzeit offenbar politisch

nicht durchsetzbar sind. Mir leuchtet bis heute immer noch nicht ein, warum die Landesregierung in beinahe allen wesentlichen Bereichen zu erheblichen Einschnitten gekommen ist, einen Bereich aber völlig ausgeklammert hat: Und zwar den Bereich der Struktur der öffentlichen Verwaltung. Hier liegt erhebliches Potential für Einsparungen, und das erkenne ich vor allem bei der Streichung einer Verwaltungsebene. Für Bürger und Wirtschaft ist das Land schlicht und ergreifend überverwaltet. Bei 2,8 Millionen Einwohnern leistet dieses Land sich nicht nur einen überbordenden Landtag, – mehrere Dutzend Landesbehörden, 150 Ämter, 11 Kreise und 4 kreisfreie Städte, sondern darüber hinaus über 1.100 selbständige Kommunen. Unschwer zu erkennen, dass es hier eine Großbaustelle gibt. Einsparpotentiale bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung sehe ich auch in einer verstärkten Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit unserer Freien und Hansestadt Hamburg, da gibt es einfach viel zu viel Doppelarbeit zwischen beiden Ländern, die vermeidbar ist.

Damit komme ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem uns seit langem sehr wichtigen Thema der Zusammenarbeit der beiden Länder, und der Zusammenarbeit der Wirtschaftsressorts, auf die nachher Senator Karan und Minister de Jager sicherlich noch eingehen werden. Die Zusammenarbeit dieser beiden Ressorts macht uns viel Freude, und wenn ich von „uns“ spreche, dann meine ich nicht nur UVNord, sondern auch die beteiligten Kammern beider Länder, die sich sehr konstruktiv und zielführend in den Prozess einer verstärkten Zusammenarbeit eingebracht haben. Ich kann den beiden Ressortverantwortlichen nur zurufen: „Macht weiter so“ in dem Prozess eines immer mehr zusammenwachsenden, einheitlichen Wirtschaftsraumes, ich nenne nur einige der Erfolge, wie bei der Zusammenarbeit innerhalb der Clusterpolitik der maritimen Wirtschaft, der Luftfahrt, aber auch innerhalb der Medizintechnik. Doch auch hier gilt es, weitere Potentiale zu heben. Bei der vorbildlichen Zusammenarbeit von Wirtschaftsbehörde und Wirtschaftsministerium sollte es meines Erachtens nur eine Frage der Zeit sein, wann beide Länder über eine gemeinsame Investitionsbank und über eine gemeinsame Wirtschaftsförderung verfügen. Auch kann ich mir ein näheres Aufeinander-Zugehen beispielsweise der wirtschaftsnahen Fördereinrichtungen, wie der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein mit der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg vorstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Norden muss zusammenwachsen. Das Verharren in der Kleinteiligkeit der Vergangenheit kostet wichtige Ressourcen, sie bremst die freie Entwicklung und behindert notwendige Veränderungen, die sich aus nationalen, europäischen und globalen Entwicklungen ergeben. Das Ziel beider Länder muss auch nach Bildung des neuen Hamburger Senats und einer künftigen neuen schleswig-holsteinischen Landesregierung allen klar sein: Die Schaffung eines zusammenhängenden Lebens-, Wirtschafts- und Verwaltungsraumes für einen größtmöglichen Bevölkerungskreis mit regional möglichst identischer Interessenlage. Dabei ist auf die Einordnung in die Kraftzentren Deutschlands zu achten, und auf den Maßstab europäischer Erfordernisse. Es gilt mehr Wertschöpfung, bessere Bildung, schnellere Entscheidungen, den effizienteren Einsatz von Ressourcen – geistiger oder materieller, umzusetzen. Der Bürger ist in den vergangenen Jahrzehnten mobiler geworden, sein Lebenskreis ist durch Wohlstand, neue Kommunikationswege, Transparenz und Mobilität größer geworden, genau wie sein Anspruch an Verwaltung und Regierung.

Aus Deutschland ist Europa geworden, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit beziehen wir aus einer weltweiten Vernetzung, die gerade in Hamburg, in der Metropolregion, ja in ganz Norddeutschland über die Schifffahrt besonders deutlich wird. Die veränderten Kommunikationswege und -Inhalte haben die Welt verändert,

die Bürger fangen an, die Kleinteiligkeit und Teile eines missverstandenen Föderalismus als schmerzhaft Behinderung ihrer Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu sehen. Der Bürger empfindet viele Grenzen der Vergangenheit zunehmend als Hemmnisse.

Gesellschaftliche Gruppen habe das schon lange aufgenommen, und schon vor Jahren angefangen, größere Einheiten zu bilden, Einheiten, die dieser Entwicklung gerecht werden. Ich nenne hier allen voran die Gewerkschaften, die Wirtschaft, die Verbände, die Kirche und den Sport. Nur da, wo die Politik den Takt angibt, sind wir weitestgehend stehengeblieben: Man sehe sich nur die Bereiche staatliche Verwaltung, Bildung, Wissenschaft, und Wirtschaftsförderung an, mehr zu nennen, wäre nicht schwer. Die Unzulänglichkeit der Anpassung des staatlichen Systems an Neuentwicklungen wird da plakativ und schmerzhaft deutlich, – wo man sich über Schulgeld unter Nachbarn nicht einigen kann – oder dort, wo die Bildungssysteme immer inkompatibler werden – oder schlicht, wenn der HVV in Boostedt, 3 km vor den Türen Neumünsters endet, die Bahn über 110 Minuten von Hamburg nach Kiel braucht, die Universität in Kiel, Lübeck und Hamburg außer scheinbarer Unterfinanzierung kaum Gemeinsamkeiten im Leistungsspektrum haben, und sich dabei auch noch gegenseitig das Weiße im Auge nicht gönnen. Norddeutschland hat außer der A20 (mit mindestens 10-jähriger Verspätung) nach dem Bau der A7 Anfang der 70er kein größeres infrastrukturelles Verkehrsprojekt mehr auf den Weg gebracht. Im Gegenteil: Der Flughafen Kaltenkirchen bekam ein vorläufiges politisches Begräbnis, die Mittel wurden verkleckert in zum Teil hoffnungslosen Projekten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr denn je ist die Zeit reif für einen neuen Aufbruch in der norddeutschen Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir noch erhebliche Potentiale auch unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten heben können, die dem Norden insgesamt in Berlin und in Brüssel mehr Gewicht geben. Außerhalb des Einflussbereiches von Senator Karan und Minister de Jager frage ich mich schon lange, warum wir nicht bereits heute über eine gemeinsame Landesplanung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein verfügen. Warum bringen wir einen Landesentwicklungsplan für Schleswig-Holstein auf den Weg und versuchen nicht, zugleich einen gemeinsamen mit Hamburg zu erarbeiten? Großprojekte für den gesamten Norden würden dies bereits gebieten, wie z.B. die feste Querung über den Fehmarnbelt. Warum bringen wir nicht vielleicht ein erstes gemeinsames Ministerium für Hamburg und Schleswig-Holstein für die Bereiche Raumordnung, Flächenmanagement und Landesplanung auf den Weg? Warum verfügt nur Hamburg über ein nachvollziehbares Konzept einer wachsenden Stadt mit Weitsicht und, warum haben wir nicht in Schleswig-Holstein ein auch nur annähernd ein vergleichbares Marketingkonzept, das festschreibt, wie wir Neuansiedlungen generieren wollen, wie und wo wir wachsen wollen und wie Schleswig-Holstein in Berlin und Brüssel wahrgenommen werden möchte?

Es wird zu den Aufgaben des neuen Senats und der Landesregierung in Schleswig-Holstein gehören, ein gemeinsames Marketingkonzept für beide Länder genauso auf den Weg zu bringen, wie auch ein gemeinsames Luftverkehrs- und Infrastrukturkonzept. In der Luftfahrt haben wir in Hamburg zweifelsohne mit dem Hamburg Airport, der Lufthansa Technik, Airbus, der TU Harburg und den vielen mittelständischen Zulieferern einen Spitzencluster, doch beim Luftverkehr dürfen wir die Planungen für die Zukunft nicht erst dann beginnen, wenn die letzten Reserven in unserem schönen, gerade erst 100 Jahre jung gewordenen Hamburg Airport aktiviert wurden. Soll unser Wirtschaftsraum sich weiterhin und langfristig im Gleichtakt mit den Metropolen der Welt weiterentwickeln, dann brauchen wir mehr, als das, was

heute in Fuhlsbüttel an Kapazität zur Verfügung steht. Kopenhagen und Langenhagen sind keine Alternativen, wenn wir die Wertschöpfung hier behalten und neue, weitere Arbeitsplätze schaffen wollen. Wir brauchen im Flugverkehr Entwicklungsperspektiven nördlich der Elbe, dann kann es auch gelingen, den A380 in Hamburg nicht nur zu bauen, sondern auch abfertigen zu können.

Auch zu den zentralen Aufgaben der Politik in Hamburg wie in Kiel gehört es, unser Gewicht in Berlin und Brüssel zu stärken. Wir haben ein vorbildliches Beispiel guter Zusammenarbeit in Brüssel mit dem gemeinsamen Hanse-Office. Warum Schleswig-Holstein sich allerdings in Berlin als Landesvertretung ein Haus mit Niedersachsen teilt, und nicht mit Hamburg, ist schwer zu begründen. Ich weiß, dass es ein großes Anliegen von Senator Karan, aber auch von Minister de Jager ist, dass wir unsere Lobbyarbeit in Berlin gemeinsam verstärken. In diesem Bereich muss der Norden gegenüber den süddeutschen Bundesländern noch einige Aufholarbeit leisten. Baden-Württemberg wirbt mit dem Slogan „Wir können alles, nur nicht Hochdeutsch“. Für mich steht völlig fest, der Norden – Hamburg und Schleswig-Holstein – kann mehr: „Wir können nämlich alles – und auch Hochdeutsch“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über Zukunft zu reden ist leicht, noch leichter ist es sie zu zerreden, oder auch, sie zu verhindern. Unsere gemeinsame gesamtgesellschaftliche Verpflichtung ist es, mit Blick auf die nächsten Generationen, die Zukunft zu gestalten. Der Jahreswechsel ist ja immer ein Zeitpunkt, sich Zeit zu nehmen für eine Rückschau, aber auch einen Ausblick in die Zukunft. Ich habe dieses in Bezug auf Hamburg und Schleswig-Holstein getan, daraus ergeben sich deutlich unsere Wünsche an die Regierungen: Wir brauchen eine Haushaltskonsolidierung in beiden Ländern, und Haushaltskonsolidierung muss vor Steuerentlastung gehen. Und trotz der Notwendigkeit, Haushalte zu kürzen, müssen wir in die Zukunft investieren, mit den Schwerpunkten Bildung und in Infrastruktur.

Unsere konkreten Forderungen an die Politik formuliere ich noch einmal ganz klar und deutlich:

- Es ist die Fahrinnenanpassung der Elbe und der notwendigerweise damit verbundene Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals.
- Der Ausbau und die weitere Förderung unseres Hamburger Hafens, dem größten Arbeitgeber in der Hansestadt, dem größten Arbeitgeber in Schleswig-Holstein und nach VW auch dem größten Arbeitgeber in Niedersachsen.
- Ich wünsche mir eine sachliche Diskussion über den weiteren Fortgang der festen Querung über den Fehmarnbelt,
- den Ausbau der A20 mit einer westlichen Elbquerung von Hamburg bei Glückstadt und eine spätere östliche Querung von Hamburg.
- Und zu guter Letzt hoffe ich, dass wir mit dem Ausbau der A7 vom Elbtunnel bis zum Bordesholmer Dreieck einen weiteren wichtigen Schritt vorankommen.
- Auch unter der Prämisse, dass in den Behörden und Ministerien belastbar gute Arbeit geleistet wird, muss der Faktor Zeit eine größere Rolle spielen, zeitlichen Verzögerungen wie bei der A20 und anderen Projekten können wir uns nicht leisten.
- Und ich wünsche mir eine größtmögliche Kompatibilität der Schulsysteme in Hamburg und Schleswig-Holstein, und endlich wieder Spitzenplätzen in internationalen Rankings,
- und last not least ein Konzept und eine Strategie für länderübergreifende Initiativen zur Bündelung und Spezialisierung der Universitätslandschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Das Fazit ist: Wir alle wünschen einen prosperierenden, gemeinsamen norddeutschen Wirtschaftsraum, das zu erreichen erfordert, über Grenzen hinweg zu denken, mit dem einzigen Ziel, diese abzubauen. UVNord lebt dieses mit seinen Mitgliedsverbänden bereits im 11. Jahr, und das mit erkennbar gutem Erfolg, und darauf sind wir stolz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen allen wünsche ich für das neue Jahr 2011 unternehmerischen und beruflichen Erfolg, privates Glück, Gesundheit und ein friedvolles Miteinander! Unseren Ehrengästen und Referenten, Herrn Senator Karan und Herrn Minister de Jager, verspreche ich jetzt ein hochaufmerksames Auditorium, In Ihnen Beiden wissen wir exzellente Vertreter unserer Interessen, und wir setzen die Hoffnung in Sie, dass Sie den Aufschwung in der norddeutschen Wirtschaft durch kluges, strategisch angelegtes Handeln weiter verstärken mögen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort hat nunmehr der Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit unserer Freien Hansestadt Hamburg, Herr Senator Ian Karan und im Anschluss daran der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Herr Jost de Jager.
Ihnen allen danke ich für die aufmerksame Geduld!

Hamburg, 24.01.2011